

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 173 (2007)
Heft: 9

Anhang: Pro Militia : Zeitung der "Pro Militia" Vereinigung ehemaliger Angehöriger der Schweizer Armee, Nr. 3, September 2007
Autor: [s.n.]

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Pro Militia



ZEITUNG DER «PRO MILITIA» VEREINIGUNG EHEMALIGER ANGEHÖRIGER DER SCHWEIZER ARMEE
JOURNAL DE «PRO MILITIA» ASSOCIATION SUISSE DES ANCIENS DE L'ARMÉE
GIORNALE DI «PRO MILITIA» ASSOCIAZIONE DEGLI EX MILITI DELL'ESERCITO SVIZZERO

Armee 2008/11: Die Stunde der Wahrheit

Rückblick und Ausblick

Jean-Pierre Bonny

Das Parlament hat in der Sommersession das Vorhaben Armee 2008/11 verabschiedet. Nach dem Fiasko von Flims in der Herbstsession 2006 fand nochmals ein zähes Ringen statt, das mit einem Kompromiss endete, der niemanden so recht zu befriedigen vermag.

Jene Kräfte, zu denen auch Pro Militia gehört, die deutliche Kritik am bundesrätlichen Vorschlag anmeldeten, konnten immerhin bewirken, dass in einem oder anderen Punkt gewisse Korrekturen vorgenommen wurden. Die beabsichtigte Halbierung der Verteidigungskräfte wird etwas gemildert, indem die Panzertruppen anstatt um vier bloss um zwei Bataillone reduziert werden. Auf die ominöse «Rollenspezialisierung» wird verzichtet. Das schwere Material für die Reserve (Panzer, Schützenpanzer, Panzerhaubitzen) soll «langzeitgelagert» werden. Dagegen bleibt die Verminderung der Artillerie um drei Abteilungen und der Fliegerabwehr um sechs Abteilungen leider unverändert. Zudem wurde auf unsere milizfreundlichen Forderungen, wie zum Beispiel möglichst einfache und organisch gegliederte Verbände, nicht eingegangen und an der fragwürdigen Modularität festgehalten.

Inhaltsverzeichnis Table des matières Indice

Die Stunde der Wahrheit	1
L'heure de la vérité	2
Zur Lage	2
L'ora della verità	3
Randbemerkung	3
Durchdiener	4
Militaires au service long	4
Keine klare Ausrichtung	5
Militaires de carrière	6
Arme et munitions de poche	6
Gewehre ins Zeughaus	7
Waffe und Taschenmunition	7
Aktion Aktivdienst	7
Hinweise/Indications/ Informazioni	8
Arma e munizione da tasca	8

Rückblick: Keine Euphorie

Trotz Teilerfolgen besteht kein Anlass für die Kritiker, euphorisch zu werden. Wie ich schon in der «Pro Militia» 2/2007 ausgeführt habe, haftet der Reform 2008/11 etwas «Halbpatziges» an. Es ist weder Fisch noch Vogel, mangelt der Tiefe und lässt viele drängende Fragen offen. Ich möchte das kurz an folgenden Beispielen zeigen.

1. Die Zahl der Brigaden wird zwar nur von neun auf acht gesenkt. Davon sind aber zwei so genannte Reservebrigaden, die in der Regel über kein Korpsmaterial verfügen. Es sind mit je 12 Bataillonen oder Abteilungen administrativ aufgeblasene Grossgebilde, die in dieser Struktur im Ernstfall weder führ- noch einsetzbar sind. Sie müssten für den Einsatz noch umgemodelt und «hochgefahren» werden. Es bedarf schon lebhafter Phantasie, um an die Praktikabilität solcher Monster zu glauben.

2. Wie Divisionär a D Paul Müller in seinen beiden Studien (siehe Kasten) eindrucklich gezeigt hat, sind auch die Panzerbrigaden Modell 2008/11 ohne organische Gliederung, ohne integriertes Führungsunterstützungsbataillon und ohne Feuerführungszentrum auf Brigadestufe kaum führbar und einsetzbar.

3. Das Vorhaben 2008/11 sieht richtigerweise für die jetzige Lage die primäre Bedrohung in der Terrorismusgefahr. Umso unverständlicher ist es daher, dass man nach wie vor auf die Alarmformationen, vor allem auf das Flughafenregiment Zürich-Kloten und auf das Flughafenbataillon Genf-Cointrin verzichtet. Ins gleiche Kapitel gehört auch die massive Reduktion der Fliegerabwehrtruppen.

4. Hinzu kommt noch die ganze Aufwuchsproblematik, deren Bewältigung für das Verteidigungsdepartement (VBS) offenbar ein Buch mit sieben Siegeln ist. Die in den zwei Jahren der Behandlung des Projektes 2008/11 von den Militärbehörden diesbezüglich vorgenom-

menen Positionswechsel müssen – milde ausgedrückt – als eine Komödie der Irrungen und Wirrungen bezeichnet werden.

Doch soll jetzt genug sein mit dem Lamento. Wir haben zu akzeptieren, dass die Würfel vorläufig gefallen sind. Realpolitisch gesehen bleibt nichts anderes übrig, als zu versuchen, aus diesem ungeordneten Konglomerat das Bestmögliche herauszuholen. Dem neuen Chef der Armee, der unser volles Vertrauen verdient, wünschen wir von Herzen alles Gute für seine enorm schwere Aufgabe.

Ausblick: Schwerpunkte

Die folgenden Überlegungen führen zum Ausblick auf das, was uns in der Sicherheitspolitik unseres Landes vordringlich scheint.

1. Das Vorhaben 2008/11 hat – mit Ausnahme der Fliegerabwehr – die Luftwaffe bloss am Rande berührt. Die Erneuerung unserer Luftflotte ist unausweichlich und dringend. Auch wenn die detaillierten Vorschläge des Bundesrates noch nicht vorliegen und eine Beurteilung daher nicht möglich ist, sind grundsätzlich die Bestrebungen zur Erhaltung einer wirksamen Luftwaffe zu unterstützen.

2. Die terrestrische Armee hat in den 12 Jahren nun drei Reformen erduldet. Diese sind

noch nicht bewältigt. Das gilt nicht nur, aber vor allem für die Milizteile unserer Armee. Eine längere Verschnauf- und Umsetzungsphase ist dringend nötig. Das will nicht heissen, dass eine kritische Überprüfung der Sicherheitspolitik und ihrer Instrumente durch die Verantwortlichen in Politik und Armee ausgesetzt ist. Es ist nicht zu übersehen, dass mit der vorgeschlagenen Verdoppelung der Durchdiener bereits eine neue Armee reform eingeläutet würde.

3. Im Rahmen der parlamentarischen Beratung der Armee 2008/11 wurde – gleichsam als uneheliches Kind – eine parlamentarische Initiative geboren, welche die Verdoppelung der heute gesetzlich auf 15 Prozent limitierten Zahl der so genannten Durchdiener vorsieht. Der Nationalrat hat diesem Vorstoss, allerdings gegen starke Opposition, aufgrund eines «Mitte-Links-Deals» zugestimmt. Dieses Vorhaben ist hochproblematisch. Es ist zu wenig durchdacht und hätte für die Struktur der Armee schwerwiegende Folgen. Die Verdoppelung der Anzahl Durchdiener bedeutete einen weiteren Abbau des Milizcharakters der Schweizer Armee. Zudem würden nochmals zusätzlich rund 15 000 bis 18 000 aktive Armeeangehörige oder mindestens zirka 15 bis 18 Bataillone abgebaut. Die Zahl der Brigaden müsste erneut herabgesetzt werden. Mit den verbleibenden Brigaden wäre der Verfassungsauftrag der Armee endgültig nicht mehr erfüllbar. Es bleibt zu hoffen, dass der Ständerat dieser Initiative nicht zustimmen wird. Glücklicherweise erfordert die Umsetzung dieser parlamentarischen Initiative zwingend eine Änderung des Militärgesetzes. Ein Referendum wäre demnach möglich und bei dieser irreversiblen Weichenstellung notfalls angezeigt.

4. Wir haben vor neuen überstürzten Reformen auf Stufe Armee gewarnt. Eine andere Reform ist aber überfällig: jene des Departements VBS. Die Militärbürokratie ist trotz mehrfacher Reduktion der Armee nicht kleiner geworden. Im Eidgenössischen Staatskalender nimmt das VBS über 80 Seiten in Anspruch. Es geht aber nicht nur um ein quantitatives Problem. Auch strukturelle Mängel sind anzugehen, zum Beispiel in der Führungsorganisation. Es ist zum Beispiel nicht nachvollziehbar, dass das Kommando Heer über zwei Dutzend Direktunterstellungen aufweist. Es wimmelt im Übr-

gen von Stäben. Überschneidungen und Doppelspurigkeiten sind nicht zu übersehen. Andererseits fehlt es vielen Gremien an Truppennähe. Und schliesslich würde eine Straffung des Kommunikationswesens dessen Qualität nicht verringern, sondern verbessern.

5. Mittel- und langfristig ist die Lösung des Instruktorenmanagements für unsere Armee von existentieller Bedeutung. Es bleibt dringend zu hoffen, dass die sich hier endlich schwach abzeichnenden Lösungsansätze zu praktischen Resultaten führen werden.

6. Mit der unsäglichen Verordnung der Bundesversammlung über die Organisation der Armee (AO) von 2002 hat sich das Parlament – es ist unglaublich, aber wahr – in Sachen Armeeorganisation selber entmachtet und ist nur noch für die Grundgliederung der Armee zuständig. Hier ist eine Revision überfällig. Es wird sich dann zeigen, ob das Parlament überhaupt noch fähig und willens ist, die Zügel in Belangen der Armee in die Hand zu nehmen und den Grundsatz der Priorität der Politik durchzusetzen.

Für die Armee hat jetzt die Stunde der Wahrheit geschlagen.

Jean Pierre Bonny ist ehemaliger Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates und Präsident von Pro Militia.

Grossauflage von «Pro Militia»

Die vorliegende Zeitungsauflage erscheint in rund 52 000 Exemplaren. Diese werden zusätzlich an Mitglieder von Vereinigungen mit ähnlichen Zielsetzungen – für eine glaubwürdige Milizarmee – versandt oder deren Zeitschriften beigelegt. Pro Militia dankt allen den Vereinigungen, die ihr den Grossversand der vorliegenden Zeitung ermöglicht haben und wünscht der erweiterten Leserschaft eine gedankenanstregende Lektüre. Einige von Ihnen, sehr geehrte Leserinnen und Leser, werden die Zeitung doppelt oder mehrfach erhalten, was sich aus arbeitstechnischen Gründen nicht vermeiden lässt. Dürfen wir auf Ihr Verständnis zählen? Bitte werfen Sie allfällige Doppel-exemplare nicht weg, sondern geben Sie diese weiter! Vielen Dank. (Red.)

Armée 2008/11: L'heure de la vérité

Zur Lage

Militärische Sonderformation mit politischen Fragezeichen

Rétrospective et perspectives

Jean-Pierre Bonny

Lors de sa session d'été, le Parlement a avalisé le projet Armée 2008/11. Après l'échec de Flims lors de la session d'automne 2006, il y a eu derechef une lutte acharnée qui s'est terminée par un compromis qui ne satisfait en somme personne.

Les forces, parmi lesquelles Pro Militia, qui avaient annoncé une claire critique de la proposition gouvernementale, ont tout au moins pu provoquer que l'un ou l'autre point ait subi certaines corrections. La réduction à moitié prévue des forces de défense est un peu atténuée en ne réduisant les troupes de chars que de deux au lieu de quatre bataillons. On a renoncé à la suspecte «spécialisation des rôles». Le matériel lourd pour la réserve (chars, chars de grenadiers, obusiers blindés) sera «emmagasiné à long terme». Par contre, les réductions de trois groupes d'artillerie et de six groupes de la défense contre avions ont malheureusement été maintenues. En outre, nos revendications en faveur de la milice, par exemple des formations les plus simples possibles et articulées de manière organique, n'ont pas été prises en considération, et la douteuse modularité a été maintenue.

Rétrospective: Aucune euphorie

Malgré des succès partiels, les critiques n'ont aucune raison de tomber en euphorie. Comme je l'ai déjà exposé dans «Pro Militia» 2/2007, la réforme 2008/11 a un goût demi-fini. Elle n'est ni chair ni poisson, manque de profondeur et laisse beaucoup de questions en suspens. Je voudrais brièvement le démontrer par quelques exemples.

1. Le nombre des brigades n'est certes réduit que de neuf à huit. Mais deux sont des brigades dites de réserve qui ne disposent en général d'aucun matériel de corps. Avec 12 bataillons ou groupes, chacune est une grosse entité, administrativement gonflée, dont la structure ne permettrait ni de l'engager ni de la conduire comme telle. Pour un engagement, elle devrait d'abord être remaniée et «montée». Il faut avoir une très vive imagination pour croire que de tels monstres sont praticables.
2. Comme l'a démontré le divisionnaire à d. Paul Müller de manière impressionnante par ses deux études (cf. encadré), les brigades de chars modèle 2008/11, sans articulation organique ni bataillon d'aide au commandement et sans batterie de centre de la conduite du feu, elles aussi peuvent à peine être conduites et engagées à l'échelon brigade.
3. A juste titre, le projet 2008/11 considère, pour la situation actuelle, le danger du terrorisme comme menace primaire. Aussi est-il d'autant plus incompré-

hensible de persister à renoncer aux formations d'alarme, surtout le régiment d'aéroport Zurich-Kloten et le bataillon d'aéroport Genève-Cointrin. La réduction massive des troupes de défense contre avions fait partie du même chapitre.

4. S'y ajoute tout le problème de la montée en puissance qui semble être pour le Département de la défense (DDPS) lettre close. Pendant les deux ans de débats du projet 2008/11, les autorités militaires ont procédé à de tels changements de position qu'il faut les qualifier – avec indulgence – une comédie d'égaré et de confusion.

Terminons cependant la lamentation. Nous devons accepter que les dés sont jetés. Pour une politique réaliste il ne reste que d'essayer de tirer de ce conglomérat désordonné le meilleur. Au futur chef de l'armée, qui mérite notre pleine confiance, nous souhaitons de tout cœur bonne force pour une mission énormément difficile.

Perspectives: Efforts principaux

Les réflexions suivantes ouvrent les perspectives qui nous semblent les plus urgentes pour la politique de sécurité de notre pays.

1. Le projet 2008/11 n'a concerné les Forces aériennes – à l'exception de la défense contre avions – que marginalement. Le renouvellement de notre aviation militaire est inévitable et urgent. Même si les propositions détaillées du Conseil fédéral ne sont pas encore connues et ne peuvent donc pas être jugées, les efforts pour maintenir une aviation efficace doivent en principe être soutenus.
2. En 12 ans les Forces terrestres ont subi trois réformes. Elles ne sont pas encore maîtrisées. Ceci vaut non seulement, mais surtout pour les éléments de milice de notre armée. Une pause prolongée pour respirer et digérer s'impose d'urgence. Ceci ne veut pas dire que les responsables politiques et militaires doivent interrompre leur réflexion critique de la politique de sécurité et de ses instruments. Mais il faut bien voir que le redoublement du nombre de militaires en service long prépare déjà une nouvelle réforme de l'armée.
3. Dans le cadre des débats d'Armée 2008/11 au Parlement une initiative parlementaire – quasi un enfant illégitime – est née qui prévoit de doubler le nombre des militaires en service long, aujourd'hui limité par la loi à 15 pour cent. Au Conseil national cette proposition a passé, quoique contre une forte opposition, grâce à une coalition «centre-gauche». Cette intention est hautement problématique. Elle est trop peu réfléchie et aurait

des effets fatals pour la structure de l'armée. Doubler le nombre des militaires en service long équivaldrait une nouvelle fois à démonter le caractère de milice de l'armée suisse. De surcroît, on supprimerait de nouveau 15 000 à 18 000 militaires actifs ou au moins quelque 15 à 18 bataillons. Le nombre des brigades devrait encore une fois être réduit. Avec les brigades qui resteraient la mission constitutionnelle de l'armée ne pourrait définitivement plus être remplie. Aussi faut-il espérer que le Conseil des Etats refuse cette initiative. Heureusement, la mise en œuvre de cette initiative parlementaire nécessiterait obligatoirement une modification de la Loi militaire. Un référendum serait donc possible et, face à cet aiguillage irréversible, le cas échéant indiqué.

4. Nous avons mis en garde contre de nouvelles réformes précipitées. Mais une autre réforme ne peut tarder: celle du Département DDPS. Malgré les réductions de l'armée à plusieurs reprises, la bureaucratie militaire n'a pas maigri. A l'Annuaire fédéral, le DDPS occupe plus de 80 pages. Mais il ne s'agit pas que d'un problème quantitatif. Il faut s'attaquer également aux problèmes de structure, par exemple l'organisation de la conduite. Il n'est par exemple pas intelligible que le commandement des Forces terrestres compte plus de deux douzaines de subordonnés directs. Les états-majors fourmillent d'ailleurs. Les intersections et les doubles emplois sautent à l'œil. Par contre, bien des organes manquent de proximité à la troupe. Et pour en finir: Une concentration des affaires de communication ne réduirait guère sa qualité, mais l'améliorerait.
5. A moyen et à long terme la solution du manque d'instructeurs est essentielle pour notre armée. On ne peut qu'espérer des résultats pratiques pour les ébauches qui se dessinent enfin.
6. Par l'Ordonnance stupéfiante des Chambres fédérales sur l'organisation de l'armée (OA) de 2002, le Parlement s'est – incroyablement mais vrai – lui-même émasculé en matière d'organisation de l'armée. Seule l'articulation de base de l'armée est de sa compétence. Une révision ne peut tarder. Alors, on verra si le Parlement est après tout capable et décidé de prendre les rênes dans l'intérêt de l'armée et d'imposer la primauté de la politique.

Pour l'armée, l'heure de la vérité a sonné.

Jean-Pierre Bonny, ancien président de la commission de la politique de sécurité du Conseil national et président de Pro Militia.

Das Armee-Aufklärungs-detachement 10 stellte sich am 16. August auf dem Grenadier-Waffenplatz Isonne erst- und letztmals den Medien vor. Einsatzbereitschaft, Leistungsvermögen und Material beeindruckten. Dennoch drängen sich zahlreiche politische Fragen auf – nicht an die Armee, sondern an Bundesrat und Parlament.

In anschaulichen Vorführungen zeigten die Angehörigen des neuen Armee-Aufklärungs-detachementes 10 (AAD 10) ihr eindrückliches Können sowie ihr Aufsehen erregendes Material, wie zum Beispiel Schusswaffen und mit zwei Maschinengewehren bestückte Spezialfahrzeuge. Übungshalber wurden Schweizer Staatsangehörige unter dem Schutz uniformierter oder ziviler Angehöriger des AAD 10 aus einer ausländischen Krisenlage evakuiert. Atemberaubend war, wie Retter und Gerettete, an einem so genannten Extraktionsseil hängend, mittels eines «Super Puma»-Transporthelikopters ausgeflogen wurden. Das AAD 10 ist eine Formation von fast hundert (Sollbestand 2011: 91, zurzeit zirka 30) besonders ausgelesenen, ausgebildeten und ausgerüsteten militärischen Berufssoldaten. Diese sollen vorwiegend in so genannten Sonderoperationen im Ausland eingesetzt werden.

Das VBS stützt sich bei Schaffung und Auftrag des AAD 10 auf das Militärgesetz und auf die kurze, inhaltsschwere und trotzdem weitgehend unbeachtet gebliebene bundesrätliche Verordnung über den Truppeneinsatz zum Schutz von Personen und Sachen im Ausland (VSPA, SR 519.4). «Diese Verordnung regelt den Assistenzdienst der Armee zum Schutz von Personen und besonders schutzwürdigen Sachen im Ausland.» (SR 519.4) Sie nennt als Aufgaben der Truppe, die im Interesse der Schweiz und unter Beachtung des Völkerrechtes eingesetzt werden kann:

- a. Schutz eigener Truppen, Personen und besonders schutzwürdiger Sachen;
- b. Rettung und Rückführung von zivilen und militärischen Personen;
- c. Beschaffung von Schlüsselinformationen zugunsten von Einsätzen nach den Buchstaben a und b.

Études du divisionnaire Müller

Le numéro 1/2007 de «Pro Militia» était accompagné d'un bulletin de versement pour commander la deuxième étude du divisionnaire à d. Paul Müller concernant «Le profil d'exigences et les variantes de structure d'Armée 2008/11» du 5 décembre 2006. Nombreux sont nos lecteurs qui l'ont utilisé. L'auteur et Pro Militia les en remercient. L'étude peut toujours être commandée (prix de revient: 18 francs pour l'impression et les frais d'envoi), de même que la première étude «Appréciation Armée 2008/11 – Révision OA 2006» du 22 août 2006 de la plume de l'ancien chef de la planification et commandant de la division de campagne 5. (réd.)

Von den vielen offenen Fragen an die politischen Behörden hier vorerst deren sechs.

1. Hat das Parlament bei der letzten Revision des revidierten Militärgesetzes (Artikel 69, Absatz 2) neutralitätspolitisch sowie neutralitäts- und völkerrechtlich überhaupt wahrgenommen, was ein bewaffneter Truppeneinsatz «zum Schutz von Personen und besonders schutzwürdigen Sachen im Ausland» letztlich für schwerwiegende Folgen hätte?
2. Ist es wirklich Sache des Staates, Schweizerbürger aus Krisengebieten im Notfall mit Waffengewalt heimzuschaffen und dafür militärische Mittel einzusetzen? Sind solche Sonderoperationen mit gleichzeitiger humanitärer Hilfestellung des Roten Kreuzes vereinbar?
3. Ausgenommen zur Unterstützung humanitärer Hilfeleistungen im grenznahen Raum ist der Assistenzdienst im Ausland gesetzlich freiwillig. Gilt dies auch für Berufsformationen?
4. Ist es nicht kostspielig und unzweckmässig, wenn sowohl kantonale und städtische Polizeikräfte als auch der Bund (AAD 10 und Militärische Sicherheit) Berufspersonal für seltene Sonderoperationen rekrutieren und weitgehend gleich ausbilden und ausrüsten?
5. Ist es wirklichkeitsnah, wenn das AAD 10 für Lagen mit ungewisser Eintretenswahrscheinlichkeit geschaffen wird, während mehreren hundert militärische Ausbilder fehlen?
6. Entspricht es der Konzentration der Kräfte und Mittel, eine Hundertschaft von Berufssoldaten für den Einsatz im Ausland zu unterhalten, wenn die Bundesstadt sowie die Flughäfen Zürich-Kloten und Genf-Cointrin infolge der Auflösung ihrer Alarmformationen ungenügend und zu spät geschützt werden können (siehe auch NZZ vom 15. August 2007)?

Heinrich L. Wirtz

Gros tirage de «Pro Militia»

Le présent numéro sera tiré en quelque 52 000 exemplaires. Ils seront envoyés en sus aux membres d'associations ayant des buts similaires – pour une armée de milice crédible – ou encartés à leurs journaux. Pro Militia remercie toutes les associations qui ont rendu possible le gros tirage du présent numéro et souhaite à tous ces partisans une lecture enrichissante. Certains parmi vous, chères lectrices et cher lecteurs, recevront le présent numéro en double, ce qui est inévitable pour des raisons techniques. Nous comptons sur votre compréhension, mais ne les jetez pas – passez-les à autrui! Grand merci. (réd.)

Esercito 2008/11: l'ora della verità

Retrospectiva e sguardo al futuro

Jean-Pierre Bonny

Durante la sessione estiva, il Parlamento ha approvato il progetto Esercito 2008/11. Dopo il fiasco di Flims nella sessione autunnale 2006, vi è stata ancora una volta una dura lotta, sfociata in compromesso che non ha soddisfatto pienamente nessuno.

Le forze, tra le quali anche Pro Militia, che hanno criticato chiaramente la proposta del Consiglio federale hanno comunque potuto fare in modo che all'uno o altro punto fossero apportate determinate correzioni. Il previsto dimezzamento delle forze di difesa sarà attenuato, in quanto le truppe blindate saranno ridotte soltanto di due invece che di quattro battaglioni. Si rinuncerà all'«infausta «specializzazione dei ruoli». Il materiale pesante per la riserva (carri armati, carri armati granatieri, obici blindati) sarà «immagazzinato a lungo termine». Per contro, la riduzione dell'artiglieria (tre gruppi in meno) e della difesa contraerea (sei battaglioni in meno) sarà realizzata come previsto. Inoltre, non si è entrati nel merito delle nostre richieste a sostegno del principio di milizia, come ad esempio la costituzione di formazioni per quanto possibile semplici e organicamente articolate, e si è mantenuta la discutibile «modularità».

Retrospectiva: nessuna euforia

Malgrado alcuni successi parziali, per i critici non vi è alcun motivo di essere euforici. Come già scrissi in «Pro Militia» 2/2007, la Riforma 2008/11 rappresenta qualcosa che non è né carne né pesce, manca di profondità e lascia aperte questioni insistenti. Desidero illustrare questo con alcuni esempi.

1. Il numero delle brigate viene ridotto soltanto da nove a otto, ma due di esse sono cosiddette brigate della riserva, che di regola non dispongono di materiale di corpo. Sono, con 12 battaglioni/gruppi ciascuna, grandi masse amministrativamente gonfiate, che, con questa struttura, in caso effettivo non sono né comandabili né impiegabili. Per l'impiego, dovrebbero ancora essere rimodellate e «riattivate». Occorre una fantasia galoppante per credere alla praticabilità di simili «mostri».
2. Come evidenziato dal divisionario a riposo Paul Müller nei suoi due studi (cfr. riquadro), anche le brigate blindate modello 2008/11, senza articolazione organica, senza battaglione d'aiuto alla condotta integrato e senza batteria del centro di condotta del fuoco, non sono praticamente comandabili né impiegabili.
3. Riguardo alla situazione attuale, il progetto 2008/11 individua correttamente la minaccia prioritaria nel pericolo del terrorismo. È quindi tanto più incomprensibile che si continui a rinunciare alle formazioni d'allarme, soprattutto al reggimento d'aeroporto di Zurigo-Kloten e al battaglione d'aer-

roporto di Ginevra-Cointrin. La medesima considerazione vale anche per la massiccia riduzione delle truppe di difesa contraerea.

4. A ciò si aggiunge l'intera problematica del potenziamento, la cui gestione per il Dipartimento federale della difesa, della protezione della popolazione e dello sport (DDPS) è manifestamente un libro con sette sigilli. Al riguardo, i cambiamenti della posizione delle autorità militari intervenuti nel corso dei due anni del trattamento del progetto 2008/11 devono essere definiti, volendo esprimersi con benevolenza, una commedia degli errori e della confusione.

Ma ora basta con i lamenti. Dobbiamo accettare il fatto che, almeno provvisoriamente, i dadi sono tratti. Dal punto di vista della politica reale, non rimane altro che tentare di estrarre il meglio da questo disordinato conglomerato. Al nuovo capo dell'esercito, che merita tutta la nostra fiducia, auguriamo di cuore molto successo nel suo difficilissimo compito.

Sguardo al futuro: le priorità

Le riflessioni che seguono vogliono rivolgere uno sguardo al futuro per quanto concerne ciò che, nella politica di sicurezza del Paese, ci sembra prioritario.

1. Il progetto 2008/11, ad eccezione della difesa contraerea, ha toccato soltanto marginalmente le Forze aeree. Il rinnovamento della nostra flotta di velivoli è indispensabile e urgente. Anche se non sono ancora note le proposte di dettaglio del Consiglio federale, e pertanto una valutazione non è ancora possibile, occorre di principio appoggiare gli sforzi per mantenere Forze aeree efficaci.
2. Le forze di terra hanno sopportato tre riforme in 12 anni. Tali riforme non sono ancora state digerite. Ciò non vale soltanto, ma soprattutto, per gli elementi di milizia del nostro esercito. Una lunga pausa di riposo e di attuazione è urgentemente necessaria. Ciò non significa che debba essere abbandonato un riesame critico della politica di sicurezza e dei suoi strumenti da parte dei responsabili politici e militari. Non si deve ignorare che, con il proposto raddoppio della percentuale di militari in ferma continuata, già si annuncerebbe una nuova riforma dell'esercito.
3. Nel quadro del dibattito parlamentare relativo a Esercito 2008/11 è nata, quasi come una figlia illegittima, un'iniziativa parlamentare che prevede il raddoppio della percentuale dei cosiddetti militari in ferma continuata, percentuale che oggi è limitata per legge al 15%. Il Consiglio nazionale, malgrado una forte opposizione, in seguito a un «deal di centro-sinistra», ha approvato l'iniziativa. Questo progetto è altamente problematico. È

troppo poco riflettuto e avrebbe conseguenze gravi per la struttura dell'esercito. Il raddoppio dell'aliquota di militari in ferma continuata significherebbe per l'esercito svizzero un ulteriore ridimensionamento del suo carattere di esercito di milizia. Inoltre, sarebbero sottratti altri 15.000 a 18.000 militari attivi o almeno soppressi da 15 a 18 battaglioni. Il numero delle brigate dovrebbe essere nuovamente ridotto. Con le brigate rimanenti non sarebbe definitivamente più possibile adempiere la missione di difesa. Rimane da sperare che il Consiglio degli Stati non approvi l'iniziativa parlamentare. Fortunatamente, l'attuazione dell'iniziativa parlamentare richiede imperativamente una modifica della legge militare. In seguito, sarebbe possibile un referendum, opportuno nel caso di questo irreversibile cambiamento di rotta.

4. Abbiamo messo in guardia da nuove riforme affrettate a livello di esercito. Un'altra riforma è tuttavia urgente: quella del DDPS. Malgrado le ripetute riduzioni dell'esercito, la burocrazia militare non è diminuita. Nell'Annuario federale il DDPS occupa oltre 80 pagine. Non si tratta però solo di un problema quantitativo. Occorre affrontare anche le carenze strutturali, per esempio nell'organizzazione di condotta. Non è ad esempio comprensibile che il comando delle Forze terrestri presenti oltre due dozzine di subordinati diretti. Inoltre, brulicano gli stati maggiori. Le sovrapposizioni e i doppioni non possono essere ignorati. D'altra parte, per molti organismi manca la vicinanza alla truppa. Infine, una ristrutturazione del settore della comunicazione non ne diminuirebbe la qualità, ma la migliorerebbe.

5. A medio e lungo termine, la soluzione del problema rappresentato dalla mancanza di istruttori è di importanza vitale per il nostro esercito. Occorre sperare che i deboli approcci risolutivi che si profilano conducano a risultati concreti.
6. Con l'ordinanza dell'Assemblea federale sull'organizzazione dell'esercito (OE) del 2002, il Parlamento – incredibile ma vero – si è autoautorizzato per quanto riguarda l'organizzazione dell'esercito e ora è competente soltanto per l'articolazione di base dell'esercito. In questo ambito è necessaria una revisione. Si vedrà poi se il Parlamento è ancora capace e ha la volontà di prendere in mano le redini degli affari riguardanti l'esercito e di imporre il principio del primato della politica.

Per l'esercito, adesso è suonata l'ora della verità.

Jean-Pierre Bonny, ex presidente della Commissione della politica di sicurezza del Consiglio nazionale e presidente di Pro Militia.

Randbemerkung

Von der Schizophrenie der Politik

Im Neuen Brockhaus ist Schizophrenie wie folgt definiert: «ge-spaltenes Seelenleben».

In der Tat muss man die jüngsten Beschlüsse des Nationalrates zur Armee reform 2008/11 als schizophren bezeichnen. In Flims hatten die Sozialdemokraten in der letzten Herbstsession gemeinsam mit der Schweizerischen Volkspartei die Vorlage noch abgelehnt. Man sprach damals von einer «unheiligen Allianz». Mittlerweile hat man mit faulen Ködern (Erhöhung der Auslandsätze und Verdoppelung der Durchdiener) die Linke dazu gebracht, der Umwandlung der Armee zuzustimmen.

Prima vista ist die Zustimmung der SP zur Reform 2008/11 schon etwas schizophren, denn die Armee soll ja primär für Einsätze im Innern umgebaut werden. Diese Einsätze, waren bis anhin für die SPS immer ein «rotes Tuch». Sieht man genauer hin, stand in der SP ein anderes Argument für die Zustimmung im Vordergrund: Sie hat erkannt, dass die Halbierung der Verteidigungsfähigkeit nichts anderes ist als ein Abbau der Armee. Frau Nationalrätin Barbara Haering hat dies am 12. Juni in Radio DRS 1 auch angesprochen und die Absicht der SP bestätigt, jeden mög-

lichen Abbau der Armee weiter voranzutreiben. Dass die FDP und die CVP diese neue «unheilige Allianz» noch als «Koalition der Vernunft» bezeichnen, zeigt auch schizophrene Züge.

Im Vorfeld zu den Parlamentswahlen im kommenden Herbst werden die bürgerlichen Parteien vermutlich nicht müde werden, für eine starke Milizarmee verbale Rundumschläge zu führen. Das hat zumindest die FDP und die CVP nicht gehindert, unkritisch die Verdoppelung der Durchdiener abzusegen. Offenbar ist der Gutachter des Verteidigungsdepartementes, Professor Dietrich Schindler, für diese Parteien inexistent, wenn er unmissverständlich feststellt: «Je grösser die Zahl der Durchdiener, desto mehr entfernt sich die Armee vom Milizprinzip.» Welches ein tiefer Spalt zwischen Parteiprogrammen und politischer Realität! «Spalt, Spaltung, Gespalten sein» hat doch etwas mit Schizophrenie zu tun, oder doch nicht?

Der alte Brockhaus nennt dann neben der Definition der Schizophrenie einen Behandlungsvorschlag: «Versetzen in künstlichen Winterschlaf». So abwegig wäre dieser Vorschlag eigentlich gar nicht, meint Argus

Pro Militia aktuell

Pro Militia wandelt sich in eine Vereinigung ehemaliger, aktiver und Reserve-Angehöriger der Schweizer Armee. Einzelmitglieder können ehemals – und neu – gegenwärtig in der Armee Eingeteilte werden. Pro Militia will künftig sowohl die Interessen der ehemaligen als auch der heutigen Armeeangehörigen wahren. Siehe Seite 8: «Ich trete bei!» (Red.)

Attualità Pro Militia

Pro Militia diventa un'Associazione di ex militi e di militari attivi e della riserva dell'esercito svizzero. Dell'Associazione possono far parte, oltre agli ex militi, – di nuovo – anche i militari attualmente incorporati nell'esercito. In futuro, Pro Militia vuole difendere gli interessi sia degli ex militi, sia dei militari di oggi. Vedere pagina 8: «Mi faccio socio!» (red.)

Studi del divisionario Müller

Al numero 1/2007 di «Pro Militia» era allegata una polizza di versamento utilizzabile per ordinare il secondo studio del divisionario a riposo Paul Müller su «Leistungsprofil und Strukturvarianten Armee 2008/11» («Profilo delle prestazioni e varianti strutturali di Esercito 2008/11», solo in tedesco) del 5 dicembre 2006. Molti lettori hanno approfittato di questa opportunità. Un sincero grazie dall'autore e da Pro Militia! Lo studio può ancora essere ordinato (contributo alle spese: 18 franchi per la stampa e la spedizione). Ciò vale anche per il primo studio dell'ex sottocapo di stato maggiore della pianificazione e comandante della divisione da campagna 5 intitolato «Beurteilung Armee 2008/11 - AO-Revision 2006» («Valutazione di Esercito 2008/11 – Revisione 2006 dell'OEs», solo in tedesco) del 22 agosto 2006. (Red.)

Tiratura speciale di «Pro Militia»

La tiratura del presente numero del nostro giornale è di 52.000 esemplari, che vengono spediti ai membri di associazioni con uno scopo analogo al nostro – un esercito di milizia credibile – oppure allegati alle loro riviste. Pro Militia ringrazia tutte le associazioni che hanno reso possibile la spedizione del presente giornale e augura a tutti una lettura stimolante. Gentili lettrici, cortesi lettori, alcuni di voi ricevono il giornale in due o tre esemplari, ciò che per motivi tecnici non è stato possibile evitare. Speriamo di poter contare sulla vostra comprensione. Vi invitiamo a non gettare gli esemplari in soprannumero, ma a distribuirli ad altre persone interessate. Vi ringraziamo sentitamente!

(Red.)

«Die Durchdiener waren der Tod der Miliz»

Simon Küchler

In der Sommersession nahm der Nationalrat die **Parlamentarische Initiative zur Verdoppelung der Zahl der Durchdiener an**. Der Vorstoss stammt ausgerechnet aus den Reihen einer Partei, welche sich bis anhin den Erhalt der Milizarmee gross auf die Fahne, beziehungsweise ins Parteiprogramm geschrieben hat. Zudem ist die Obergrenze der Durchdiener im Militzgesetz mit 15% eines Rekrutenjahrganges festgeschrieben – ausgerechnet jenes Gesetz, das vom Volk in der umstrittenen Referendumsabstimmung vom 18. Mai 2003 gutgeheissen wurde.

Aber «Vox Populi» scheint für viele Politiker nicht mehr «Vox Dei» zu sein, trotz der immer wiederholten Bekenntnisse zum demokratischen System. Sollte das Parlament letztlich einer Vorlage zur Verdoppelung der Durchdiener zustimmen, so wäre im Interesse der Milizarmee die Frage eines Referendums zu prüfen.

Wehrpflichtarmee

«Die Durchdiener waren der Tod der Miliz». Dieser Satz stammt vom österreichischen General a D Engelbert Lagler, dem früheren Kommandanten des II. Korps, mit dem ich während meiner aktiven Zeit regen Gedanken- und Erfahrungsaustausch pflegen durfte. Ich hatte damals im Vorfeld zur Armee XXI bei der geplanten Einführung der Durchdiener Laglers Aussage in die Geschäftsleitung des VBS hineingetragen; leider nur mit einem Teilerfolg. Man wollte auf die Durchdiener nicht verzichten, beschränkte aber deren Zahl nach Intervention der Politik auf maximal 15 Prozent eines Rekrutenjahrganges. So im Militzgesetz in Artikel 54a, Absatz 3, festgeschrieben. Nun will die gleiche Politik bereits wieder davon abrücken.

Was führte in Österreich zum Untergang der Miliz? In unserem Nachbarland konnten die Rekruten eine Zeitlang wählen zwischen einer Rekrutenschule am Stück (Durchdiener) oder einer kürzeren Grundausbildung mit periodisch wiederkehrenden Wehrübungen (Wiederholungskursen). Anfänglich bestand ein geringes Interesse für das System «Durchdiener». Als die jungen Männer und Frauen sich aber mehr und mehr bewusst wurden, wie einfach es ist, seine Pflicht in einem Zug zu erfüllen und nachher die Dienstpflicht ein für allemal abzuhaken, entschlossen sich immer mehr Durchdiener zu werden, bis eines Tages der Entscheid gefällt werden musste: Es gibt nur noch ein System, jenes der «Durchdiener». Aus der Milizarmee war über Nacht eine Wehrpflichtarmee geworden.

Mit der Einführung des Durchdiener-Prinzips für alle gab es in Österreich in der Folge keine Milizkader mehr, denn die Durchdiener erforderten über längere Zeit die Präsenz von Berufskadern, wie dies für eine Wehrpflichtarmee üblich ist.

Wie steht es bei uns? Gewisse Instanzen des VBS werden nicht müde, wider besseres Wissen, die Durchdiener immer wieder als Element der Miliz zu bezeichnen. Wenn Durchdiener echte Milizler wären, hätten sie ja in Österreich nicht zum Tod der Miliz geführt.

Was heisst überhaupt «Miliz»?

Im Vorfeld zur Armee XXI hat das VBS den damals noch aktiven Prof. Dr. Dietrich Schindler von der Universität Zürich beauftragt, diese Frage in einem Gutachten zu klären. Als dieses vorlag, gab es innerhalb der damaligen Geschäftsleitung des VBS bei der Interpretation des Begriffes «Miliz» Divergenzen. Ich bat darauf Prof. Schindler am 17. Dezember 1999 um Klärung. Seine Antwort traf am 4. Januar 2000 ein – vier Tage nach Beginn meiner Pensionierung. Ich leitete den Brief unverzüglich an das VBS weiter. Ich erlaube mir, daraus einige Kernsätze zu zitieren, mit denen Pro. Schindler sein Gutachten nochmals zusammenfasste.

1. «Milizsoldaten üben ihre Dienstpflicht neben ihrem zivilen Beruf aus». – Demgegenüber unterbrechen Durchdiener ihre berufliche Tätigkeit einmal, um ihre Dienstpflicht zu erfüllen.
2. «Nach einer relativ kurzen Ausbildungszeit leisten sie [die Milizsoldaten] periodisch Wiederholungskurse und gegebenenfalls Kurse zur Weiterausbildung». – Die Durchdiener leisten ihren Dienst an einem Stück; von periodischen Wiederholungskursen ist keine Rede.
3. «Typisch ist auch, dass alle Kommandofunktionen, mit Ausnahme der höchsten, durch Milizoffiziere ausgeübt werden». – Durchdiener werden mehrheitlich von Berufs- und Zeitsoldaten kommandiert; von echten Milizkadern ist keine Rede. Das stellt auch Schindler fest, indem er sagt: «Das Problem des Milizprinzips [bei Durchdienern] ergibt sich daraus, dass sie fast unvermeidlich durch Berufskader ausgebildet und geführt werden müssen.»

Fazit: Durchdiener sind aufgrund der dargestellten Grundsätze alles andere als echte Milizangehörige der Armee. Wenn das Gegenteil behauptet wird, grenzt dies an Desinformation.

Notwendigkeit?

Prof. Schindler schreibt, Abweichungen vom Milizprinzip seien nur zulässig, «...wenn sie sich als unumgänglich notwendig erweisen.» Nach meiner festen Überzeugung fehlt dieser Bedarfsnachweis. Ich habe zumindest in der nationalen Debatte nichts von einem Bedarfsnachweis gehört. Für gewisse Leute in Bern geht es darum, über zusätzliche personelle Mittel rund um die Uhr zu verfügen, die sie bei Bedarf einsetzen könnten. Ob sich das Mittel «Durchdiener» für die vorgesehenen Einsätze auch eignet, ist für sie offenbar sekundär. Der heutige Bestand an Durch-

dienern ist keineswegs «unproblematisch», ganz entgegen der Schönfärberei in den Medienmitteilungen des VBS.

Es gibt auch bei den Durchdienern durchaus gute Soldaten, aber in ihrer Gesamtheit überwiegen leider die negativen Aspekte. In einer Sendung «Rendez-Vous am Mittag» berichtete Radio DRS im Spätherbst 2006 unter anderem, dass 35 Prozent der Deutschschweizer und 45 Prozent der Westschweizer Durchdiener-Rekruten ohne Beruf seien, eine grosse Anzahl zudem arbeitslos. Unter anderem liege das Niveau tief und Disziplinprobleme seien die Folge. Und solche Leute will man einsetzen für sehr delicate Aufgaben, wie zum Beispiel für die Innere Sicherheit der Schweiz?

Problematisches Alter

Die Verwendung militärisch unerfahrener zwanzigjähriger Armeeangehöriger zur Unterstützung der Polizei ist an sich schon sehr problematisch. Dies hat der Einsatz von Rekruten zu Beginn der Dreissigerjahre in Genf bewiesen, wo es leider Tote gab. Es braucht für sol-

che Aufträge bestandene Leute und keine militärischen Grünschnäbel oder Rambos. Im Alltag der Bewachung diplomatischer Einrichtungen (so genannter Botschaftsschutz) ohne besondere Anforderungen hinterliessen die Durchdiener in Bern und Genf in Auftreten und Erscheinungsbild zum Teil einen schlechten Eindruck – kein Aushängeschild für die Schweizer Armee.

Oder will man mit Durchdienern gar Auslandseinsätze leisten? Das wäre auch eine schlechte Visitenkarte für unser Land. Was wird an unseren Leuten im Kosovo so geschätzt? Ihr berufliches Wissen und Können. Der deutsche kommandierende Brigadegeneral äusserte sich darüber bei meinem Besuch im Jahre 2000 höchst lobend. Ein Schweizer Wachtmeister und Polier leitete damals kurz nach dem Krieg den Bau von Notbrücken; ein Schweizer Automechaniker war offenbar als einziger in der Lage, die Pannen der österreichischen Schützenpanzer zu beheben. Könnten das die berufs- und erfahrungslosen Durchdiener? Genügte eine zweifelhafte Dienstauffassung im Ausland? Nochmals: Wären sie eine gute Referenz für unser Land?

Keine Aufstockung

Man darf sich mit Verlaub die Frage stellen, ob der Nationalrat in voller Kenntnis des Rechtsgutach-

tens Schindlers und in Würdigung der tatsächlichen Verhältnisse seinen Verdoppelungsbeschluss auch gefasst hätte? Und wo blieb der Bedarfsnachweis gemäss Prof. Schindler? Nur Wünschbarkeit genügt nicht. Im Weiteren muss man sich bewusst sein, dass mit der Erhöhung der Durchdienerquote die Miliz ein weiteres Mal geschwächt wird. Durchdiener gehören nach geleisteter Militärdienstpflicht zur Reserve und treten kaum den militärischen Milizverbänden bei. Die Verankerung der Armee in der Bevölkerung nimmt weiter und unumkehrbar ab.

Abschliessend ein letztes Zitat des Gutachters Prof. Schindler: «Je grösser die Zahl der Durchdiener wird, desto mehr entfernt sich die Armee vom Milizprinzip.» Klarer kann man die Unverträglichkeit der Durchdiener mit dem Milizprinzip nicht ausdrücken. Die Durchdiener-Frage wird damit zum Tatbeweis, ob man die Miliz stärken will, wie gewisse Parlamentarier immer wieder versichern, oder ob man sie weiterhin – entgegen allen Beteuerungen – schwächen, ja zu Tode reformieren wird. Da kann man als Milizler nur auf die Weisheit und korrigierende Hand des Ständerates hoffen.

Simon Küchler ist Korpskommandant a D und ehemaliger Kommandant des Gebirgsarmee-korps 3.

«Les militaires en service long ont coulé la milice»

Simon Küchler

Lors de la session d'été, le Conseil national a accepté l'initiative parlementaire pour doubler le nombre des militaires en service long. La proposition vient précisément des rangs d'un parti qui, jusqu'ici, inscrivait le maintien de l'armée de milice en grandes lettres sur son drapeau ou dans son programme politique. En outre, la limite du nombre des militaires en service long de 15 pour cent d'une volée annuelle de recrues est inscrite dans la Loi militaire – cette loi précisément que le peuple avait avalisé lors de la votation référendaire controversée du 18 mai 2003.

Mais pour beaucoup de politiciens «Vox populi» ne semble plus être «Vox dei», malgré les professions maintes fois répétées du système démocratique. Si le Parlement devait accepter un projet pour doubler le nombre des militaires en service long, il faudrait, dans l'intérêt de l'armée de milice, étudier la question d'un référendum.

Armée de conscription

«Les militaires en service long ont coulé la milice». Ce constat provient de l'ancien général autrichien Engelbert Lagler qui fut commandant du II. Corps et avec lequel j'ai pu, pendant mes années actives, avoir un échange animé

d'idées et d'expériences. Lors des discussions d'Armée XXI concernant l'introduction du service long, j'avais présenté au directoire du DDPS le constat de Lagler; malheureusement avec un gain de cause partiel. On ne voulait pas renoncer aux militaires en service long, mais on limita leur nombre, après intervention de la politique, à 15 pour cent par volée annuelle de recrues. Ainsi inscrit à l'article 54a, alinéa 3, de la Loi militaire. Aujourd'hui, la même politique veut déjà y renoncer.

Qu'est-ce qui a provoqué la mort de la milice en Autriche? Dans ce pays voisin, les recrues pouvaient, un certain temps, choisir entre une école de recrue en un seul bloc (service long) ou une instruction de base plus courte avec périodiquement des exercices de défense (cours de répétition). Au début, l'intérêt pour le système «service long» était petit. Mais lorsque les jeunes hommes et femmes ont pris de plus en plus conscience qu'il était bien plus simple de remplir son obligation de servir en une fois et d'oublier ensuite pour toujours cette obligation, de plus en plus de jeunes ont choisi le service long. Un jour, il a fallu prendre la décision: Un seul système subsiste, celui du service long. Du jour au lendemain l'armée de milice était devenue une armée de conscription.

Par l'introduction du principe du service long, en Autriche les cadres de milice ont disparu, car les militaires en service long nécessitaient pour des périodes bien plus longues la présence de cadres professionnels, de coutume dans une armée de conscription.

Qu'en est-il chez nous? Certains milieux du DDPS ne se lassent pas d'appeler, tout en sachant le contraire, les militaires en service long un élément de la milice. Si les militaires en service long étaient de vrais miliciens, ils n'auraient pas provoqué en Autriche la mort de la milice.

Qu'est-ce en somme la «milice»?

Lors des préliminaires pour Armée XXI, le DDPS avait donné mandat au dr. Dietrich Schindler, à l'époque professeur à l'université de Zurich, de clarifier cette question par une expertise. Au directoire du DDPS de l'époque, celle-ci créa des divergences quant à l'interprétation du terme «milice». Le 17 décembre 1999, j'ai demandé au prof. Schindler un éclaircissement. Sa réponse m'est parvenue le 4 janvier 2000 – quatre jours après ma mise à la retraite. J'ai immédiatement envoyé cette lettre au DDPS. Je me permets d'en citer quelques passages (traduits) par lesquels le prof. Schindler résumait son expertise.

Armee 2008/11: Keine klare Ausrichtung

Armeeführung in der Sackgasse

Theophil Pfister

Die Armeeführung kann sich nicht über mangelnde Aufmerksamkeit beklagen. Sie steht unter Beschuss sowohl durch die schlagzeilenträchtigen Unfälle als auch durch die stetige militärische Umrichtung der Milizarmee.

Unsere Armee will mehr Anerkennung und Zustimmung erhalten für ihre Einsätze im Inland. Gleichzeitig sollte sie einen aussenpolitischen Auftrag erfüllen, nämlich die so genannte Friedensförderung im Ausland. Das Problem liegt darin, dass es zur Zeit unmöglich ist, die divergierenden politischen Vorstellungen über die Ausrichtung der Armee mit dem verfassungsmässigen Verteidigungsauftrag, dem Milizprinzip und der bewaffneten, immerwährenden Neutralität unter einen Hut zu bringen.

Richtungsstreit

Die politische Linke will, zusammen mit dem angrenzenden Teil der Mitteparteien, eine personalschwache Armee, die möglichst wenig kostet, leicht oder kaum bewaffnet und die auf internationale Solidarität ausgerichtet ist. Die politische Rechte leistet Widerstand, beruft sich auf die Bundesverfassung und will Militärdienstpflicht,

Milizprinzip, Neutralität und Verteidigungsfähigkeit aufrechterhalten. Betroffen von allen diesen gegensätzlichen Standpunkten sind die Armeeangehörigen, die diesem militärpolitischen Gezerre mit Unverständnis begegnen. Massgeblich ist doch der Wille der Mehrheit der Dienstpflichtigen und ihrer Angehörigen.

Wer diese Mehrheit nicht hinter sich weiss, plant im heutigen sicherheitspolitischen Umfeld die Weiterentwicklung der Armee im Ungewissen und verunsichert die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Diese haben während der letzten Jahrzehnte die Armee an der Urne stets mehrheitlich unterstützt und demokratisch legitimiert. Dank besonders verantwortungsvoller Bürgerinnen und Bürger besteht nach wie vor ein guter Boden für eine glaubwürdige Milizarmee. Es stellt sich jedoch die brennende Frage, warum diese solide Basis mit überlappenden, teilweise unredlichen und für die Miliz unverträglichen Reformen verlassen wird.

Zerreissprobe

Unsere Armee befindet sich seit der Einführung der Armee XXI offensichtlich in der Falle – oder anders gesagt – in einer Sackgasse. Warum? Der Einsatz bewaffneter

schweizerischer Armeeangehöriger zwecks Friedensförderung im Ausland wurde in einer Referendumsabstimmung im Jahre 2000 nur hauchdünn angenommen. Es ging damals vor allem um die im Kosovo stationierte Schweizer Kompanie «Swisscoy». Diese besteht grossmehheitlich aus vertraglich verpflichteten Freiwilligen, die vor ihrem Einsatz besonders ausgebildet und ausgerüstet werden. Inzwischen wird jedoch unnötigerweise die ganze Armee XXI nach ausländischem Muster umgestaltet und gedanklich gleichgeschaltet. Dazu gehören – soweit überhaupt vorhanden – die Doktrin sowie die Kooperation, die Interoperabilität, die Modularität, die Professionalisierung und was der unverständlichen Schlagwörter mehr sind. Gewisse Kreise im Parlament sowie im Aussen- (EDA) und Verteidigungsdepartement (VBS) verstehen die Armee immer mehr als Werkzeug der Aussenpolitik und wollen die Auslandseinsätze verdoppeln. Demgegenüber will der Milizsoldat mehrheitlich keine Auslandseinsätze und auch keine militärischen Abhängigkeiten – trotz dauernder gegenteiliger Staatspropaganda.

Fatalerweise wird hierzulande vermehrt, diese politische Ausrichtung und die Einbindung der Armee in ein internationales System ohne

Grundsatzdiskussion und in kleinen, dem Stimmvolk entzogenen (Entwicklungs-)Schritten zu vollziehen. Realistisch betrachtet, führt dieser verdeckte Weg klar weg von der echten schweizerischen Milizarmee vorerst zu einer Wehrpflicht-Armee nach zum Beispiel österreichischem oder deutschem Muster. Durch alle diese Absichten in der versteckten Agenda entsteht anstatt einer Übereinstimmung eine innere militärpolitische Zerrissenheit über die Armee. Umstritten sind ihre Aufträge, Ausbildung und Ausrüstung, Führung und Organisation und, ausschlaggebend, die Finanzen. Folge ist, dass die Armeeabschaffer und -gegner sowie ihre Entwaffnungs-, Flugverhinderungs- und Wehrtechnik-Ausführungsverbots-Initiativen bis an den linken Rand des bürgerlichen Lagers starken Auftrieb erhalten.

Schädliche Reformatitis

An diesen Schwächen leidet auch die durch das Parlament glanzlos verabschiedete Armee 2008/11. Es war behördlich unklug und unredlich, die entgegen den Behauptungen aus dem VBS doch einschneidenden Veränderungen der Armee XXI nur mittels einer Revision der parlamentarischen Verordnung über die Armeeorganisation durchzuzwängen. Das Mitberichtsverfahren in Form einer so genannten Anhörung war ja wohl nur eine Alibiübung. Das Stimmvolk, das am 18. Mai 2003 der Armee XXI mittels einer Militärgesetzrevision grünes Licht gegeben hatte, wurde bei deren erneuten und hastigen Reform 2008/11 ausgeschaltet. Dabei verlangt die Bundesverfassung in Artikel 164, Absatz 1, dass alle wichtigen rechtssetzenden Bestimmungen – unter anderem Aufgaben und Leistungen des Bundes – in Form eines Bundesgesetzes erlas-

sen werden müssen. Dazu braucht es einen referendumsfähigen Bundesbeschluss, was man zuständigerorts gefürchtet hat.

Die Chance zu milizfreundlichen Korrekturen der Mängel der Armee XXI wurde beim Vorhaben 2008/11 bedauerlicherweise nicht wahrgenommen. Oben angefangen, hat sich die Aufteilung in eine politische und eine militärische Führung der Armee nicht bewährt, auch unabhängig von den betreffenden Personen. Beide kommen sich offensichtlich dauernd ins Gehege. Der Chef der Armee hat sich eben nicht als «erster Soldat» entpuppt, sondern als zweiter Politiker, vor allem in den Medien. Die im VBS wuchernde und zum Teil milizfeindliche und internationalistische Militärbürokratie wurde nicht gestutzt. Manches wurde sogar verschlimmbessert. So ist der so genannte Aufwuchs als personeller und materieller Wiederaufbau der Armee im Falle erhöhter Bedrohung eine sehr gefährliche Selbsttäuschung. Die Wiederauflösung einer Infanteriebrigade, die Bildung zweier reiner Reservebrigaden sowie die unzähligen Umorganisationen, Umtellungen und geänderten Unterstellungen schwächen den Zusammenhalt unserer bald zu Tode reformierten Milizarmee. Deshalb ist jetzt ein organisatorischer Marschhalt zum gründlichen Konsolidieren fällig.

Theophil Pfister, Soldat a D, ist Nationalrat der Schweizerischen Volkspartei, St. Gallen.

1. «Les miliciens vaquent à leur obligation de servir en marge de leur métier civil». – Par contre, les militaires en service long interrompent leur activité professionnelle une fois pour remplir leur obligation de servir.
2. «Après une période d'instruction relativement courte ils [les miliciens] font périodiquement des cours de répétition et, le cas échéant, des cours d'avancement». – Par contre, les militaires en service long font leur service en une fois; il n'est pas question de cours de répétition périodiques.
3. «Il est également typique que toutes les fonctions du commandement, à l'exception des plus hautes, sont exercées par des officiers de milice». – La majorité des militaires en service long sont commandés par des militaires de carrière ou contractuels; il n'est pas question de vrais cadres de milice. Le prof. Schindler le constate également en ces termes: «Le problème avec le principe de la milice [face aux militaires en service long] résulte du fait qu'ils doivent, presque inévitablement, être instruits et conduits par des cadres professionnels.»

Conclusion: Sur la base des principes énoncés, les militaires en service long sont tout autre chose que de vrais membres de la milice militaire. Prétendre le contraire s'approche de la désinformation.

Nécessité?

Le prof. Schindler écrit que les exceptions du principe de la milice sont uniquement licites «... lorsqu'elles s'avèrent indispensables nécessaires». Selon ma ferme conviction cette preuve de la nécessité manque. Au moins lors des débats du Conseil national je n'ai rien entendu d'une preuve de la nécessité. Pour certaines gens à Berne, il s'agit de disposer jour et nuit de moyens supplémentaires en personnel qu'ils puissent engager en cas de besoin. Si le moyen «militaires en service long» se prête aux engagements prévus est pour ces gens manifestement secondaire. Les effectifs actuels de militaires en service long ne sont nullement «sans problèmes», quoi qu'en disent tout en beau les communiqués aux médias du DDPS.

Il y a certainement parmi les militaires en service long de bons soldats, mais dans l'ensemble les aspects négatifs l'emportent. Dans une émission «Rendez-vous am Mittag» en automne 2006, la radio DRS relatait, entre autre, que 35 pour cent des alémaniques et 45 pour cent des romands parmi les recrues en service long étaient sans profession, un grand nombre également au chômage. Entre autre, le niveau était bas et des problèmes de discipline en résultaient. Et de telles gens veut-on engager pour des missions fort délicates, par exemple pour la sécurité intérieure de la Suisse?

Problème: Âge

L'emploi de militaires de 20 ans, sans expérience militaire, pour l'appui de la police est en soi déjà très problématique. L'engagement de recrues au début des années 30 à Genève l'a prouvé où il y eut malheureusement des morts. Pour de telles missions il faut des gens chevronnés et pas des blancs-becs ni des rambos. Lors de la garde quotidienne, sans exigences particulières, d'installations diplomatiques, les militaires en service long à Berne et à Genève ont parfois fait mauvaise impression par leur attitude et leur tenue – une mauvaise enseigne pour l'armée suisse.

Où veut-on même engager des militaires en service long dans des missions à l'étranger? Ceci serait également une mauvaise carte de visite pour notre pays. Sur quoi repose l'estime de nos gens au Kosovo? Leur connaissance et leur savoir professionnels. Lors de ma visite en 2000, le général de brigade allemand a porté un jugement très favorable. Un sergent suisse, un contre-maître, dirigeait, peu après la fin de la guerre, la construction de ponts provisoires; un mécanicien en moteurs était apparemment le seul à pouvoir réparer les pannes des chars de grenadiers autrichiens. Les militaires en service long sans profession ni expérience en seraient-ils capables? Une attitude de service douteuse suffirait-elle à l'étranger? Dere-

chef: seraient-ils une bonne référence pour notre pays?

Pas d'augmentation

On peut se poser de bonne foi la question si le Conseil national avait aussi pris sa décision de redoublement en connaissance de toute l'expertise Schindler et en appréciant les conditions réelles. Et où est restée la preuve de la nécessité selon le prof. Schindler? Le seul désir ne suffit pas. De surcroît, il faut savoir qu'une augmentation du contingent des militaires en service long affaiblit une fois de plus la milice. Une fois leur obligation de servir accomplie, les militaires en service long passent à la réserve et s'engagent à peine dans les sociétés militaires de la milice. L'ancrage de l'armée dans la population en est une nouvelle fois réduit et ceci de manière irréversible.

Pour terminer une dernière citation de l'expert Schindler: «Plus le nombre de militaires en service long augmente, plus l'armée s'éloigne du principe de la milice.» On ne saurait exprimer plus clairement l'incompatibilité des militaires en service long avec le principe de la milice. La question des militaires en service long devient ainsi la preuve matérielle si l'on veut renforcer la milice, comme certains parlementaires l'assurent sans cesse, ou si l'on continue – contre toutes affirmations – à l'affaiblir, voire à la réformer à mort. En qualité de milicien, on ne peut que mettre ses espoirs en la sagesse du Conseil des Etats et en son pouvoir correctif.

Simon Küchler a revêtu le grade de commandant de corps et commandé le corps d'armée de montagne 3.

Du nouveau à Pro Militia

Pro Militia se transforme en Association des anciens, des actifs et des militaires de réserve de l'armée suisse.

Les membres individuels peuvent être des personnes qui ont été et – nouvellement – qui sont incorporées à l'armée.

Pro Militia entend défendre à l'avenir les intérêts des personnes ayant servi ou servant dans l'armée.

Voir page 8: «J'adhère!» (réd.)

Militaires de carrière: Le courage et la confiance

Martin Chevallaz

Notre armée de milice, si elle veut garder toute sa crédibilité, doit pouvoir s'appuyer sur un corps d'officiers et de sous-officiers de carrière bien motivé, bien instruit, reconnu et respecté.

Toutes choses n'allant pas de soi, les difficultés rencontrées à différents niveaux ces dernières années ont peiné l'image des militaires de carrière et aussi découragé un certain nombre d'entre eux qui, pour des raisons diverses et aussi personnelles, ont décidé de quitter la profession. Une profession dont ils avaient fait le choix, un choix qui s'apparente parfois à une vocation, et grâce à laquelle ils avaient aussi bénéficié d'une formation de degré supérieur. D'autres, plus jeunes, souvent bien disposés pour prendre la relève, ont été ou se sont laissés décourager avant de se terminer.

Personnel: première priorité

Le moment n'est plus de ressasser le passé et de se lamenter, le temps est venu de reprendre les choses en main et de retrouver, pour ceux qui les auraient perdus, le courage et la confiance. De nombreuses initiatives, émanant de milieux professionnels, politiques, ou tout simplement de l'intérieur même de l'armée ont été prises. Toutes signalaient, avec plus ou moins de force et de sagacité, le danger couru à fermer les yeux sur les réalités, la nécessité d'agir.

Le chef de l'armée, lors de son dernier rapport des cadres à Interlaken, a clairement placé le thème du personnel en toute première priorité de ses préoccupations. Des mesures concrètes ont été non seulement évoquées mais prises. Signaux parmi celles-ci:

- Maintien de l'âge de la retraite à 58 ans pour le personnel militaire sans avoir à sacrifier certaines prestations de la caisse de pension.
- Meilleure prise en compte des aptitudes, des dispositions et de la situation personnelle des collaborateurs dans la planification du personnel.
- Indication des possibilités d'emploi à moyen terme pour les prochaines 4 à 5 années.
- Dialogue régulier entre le supérieur et le collaborateur au sujet de la planification de son engagement.
- Mises au concours sur Intranet.
- Informations suite aux séances du comité de direction de la défense.
- Indemnisation du travail supplémentaire fourni octroyée aussi en cas de départ anticipé de la Confédération.
- Invitation faite par le chef de l'armée de signaler tout écart ou manquement dans la conduite du personnel au chef du personnel de la Défense ou au médiateur du DDPS.

Aucun paquet de mesures ne saura jamais remplacer la qualité de la conduite, le respect des subordonnés, ni garantir un bon climat de travail. Dans ce domaine comme en d'autres, c'est le ton qui fait la musique mais, il faut l'admettre en toute objectivité, le ton est donné. Le métier d'instructeur n'a jamais été facile. Il se construit autour de l'exigence: exigence par rapport à soi-même d'abord, exigence vis-à-vis des autres ensuite. Il est immensément riche d'humanité, de défis rencontrés, d'expériences vécues. Il est aussi lourd de soucis, bien humains eux aussi, de nécessité d'adaptation continue, de déplacements et de déracinements pas toujours bien vécus.

Un des plus beaux métiers

Le militaire de carrière trouve son ancrage dans la mission de l'armée et dans le pays qu'elle protège. Une mission noble, fondement de toute communauté, de tout Etat, depuis la nuit des temps. Ce militaire doit être respecté et non traité comme un instrument au service d'un module ou d'un processus. Une simple pièce de Lego, ont cru pouvoir affirmer certains esprits obscurs. Quand le mépris l'emporte sur le respect, c'est le découragement qui triomphe.

Le métier, en dépit et aussi du fait des difficultés rencontrées à l'assumer, est et reste passionnant, enthousiasmant, riche.

Pour le pratiquer depuis plus de trente années, j'affirme, en dépit de tous les obstacles rencontrés, qu'une carrière d'instructeur militaire est et reste l'un des plus beaux métiers du monde. Elle permet et stimule l'épanouissement de l'individu, le don de soi, la créativité, la responsabilité, le courage et aussi l'indépendance. Toutes choses qui exigent un caractère bien trempé et des convictions fortes. Le fait de pouvoir vivre cette «aventure» dans la sérénité, une sérénité construite autour de la famille, de la pratique des sports, des amitiés, de liens sociaux et culturels forts constitue à mes yeux un privilège que je m'honore de partager avec tous mes camarades présents, passés et, je l'espère, à venir.

Martin Chevallaz est brigadier et commandant de la brigade infanterie 2.

Remise de l'arme personnelle et de la munition de poche pour conservation au domicile: Un tout sensé!

Willy Pfund

L'interdiction de la conservation au domicile et de la remise de l'arme personnelle à la fin de l'obligation de servir proposée par le Conseiller national Banga (PS, SO) dans la révision de la loi sur les armes a pu être évitée au Conseil national par 96:80. Astucieusement, cette proposition n'avait pas été déposée auparavant au Conseil des Etats.

Partielle à partir du 1 mars 1892, la remise de la munition de poche fut généralisée en 1940. Le 30 mai 2007, le Conseil fédéral a procédé à un revirement radical. Seront dorénavant exclusivement équipées les troupes de première intervention. En septembre 2006 encore, il soutenait la remise de la munition de poche. Il y voyait «une démonstration significative sur le plan politique de la volonté de défense des citoyens et citoyennes. Si l'on retirait la munition de poche aux militaires corrects, la sécurité n'en serait pas améliorée». Le Conseil des Etats et la Commission de la politique de sécurité du Conseil national le suivirent en déposant une motion. Elle doit encore être débattue au Conseil national.

Populisme

Contrairement à notre paysage politique, la situation de la politique de sécurité n'a nullement changé depuis septembre. Les adversaires de la propriété privée d'armes mènent un combat totalement populiste à un niveau douteux. Le sommet de la campagne a été atteint avec les photos mises en scène parues dans l'Annabelle 14-06 et montrant un père de famille visant la tête de son épouse avec le fusil d'assaut tandis que la fille dirige un pistolet contre la tête de sa mère. Bien entendu, toute personne tuée par arme à feu est une de trop. Les rares cartouches utilisées abusivement ont plus d'importance que les 75 millions de cartouches tirées de façon responsable par les tireurs, chasseurs etc.

Les trois-quarts des suicides et meurtres dans notre pays ne sont pas commis au moyen d'armes à feu. Les adversaires de la propriété privée d'armes n'en parlent pourtant pas. Evidemment, cette problématique est plus difficile que l'exigence d'interdictions généralisées d'armes et de munitions. C'est du populisme indigne du criminologue Martin Killias d'attribuer forfaitairement toutes les victimes d'armes à feu à la disponibilité des armes d'ordonnance. Des expériences sur le plan mondial le démontrent, le suicidaire ou meurtrier en puissance trouvera toujours un moyen. Il y a annuellement en Chine, où la possession privée d'armes est interdite, 250 000 suicides avec armes à feu.

Système de milice

La défense nationale est basée sur le système de milice et l'obligation de servir. La conservation au domicile de l'équipement personnel du citoyen/militaire, arme personnelle et munition de poche comprises,

permet son engagement rapide. Il est obligé de soigner son équipement et de le conserver en sécurité. Pour l'armée une solution économique, pour le militaire une obligation dans son propre intérêt. La suppression de la conservation au domicile interdit l'engagement rapide du militaire surtout s'il ne dispose pas d'une arme réglée pour lui.

Grâce au «programme obligatoire», les performances au tir hors service du militaire et l'état de fonctionnement de son arme sont contrôlées. Avec la conservation à l'arsenal, le tir obligatoire deviendrait illusoire. Il est impensable sur les plans logistiques et financiers de devoir aller chercher l'arme à l'arsenal avant ce tir.

Méfiance

Notre tir est une tradition centenaire. Nous avons appris à manier nos armes de façon responsable. Pour beaucoup, l'arme personnelle est aussi l'outil de sport. L'abandon de la conservation au domicile de l'arme et/ou de la munition de poche exprime de la méfiance envers le citoyen/soldat responsable. Nombreux sont ceux qui se détourneront de l'Etat, une perte gravissime sur le plan politique. Beaucoup renonceraient au tir hors service ce qui signifierait une baisse des performances au tir. L'initiative populaire «Pour la protection face à la violence des armes» lancée par le PS Suisse avec 49 autres organisations – la collecte des signatures débute au mois d'août – vise en réalité la propriété privée d'armes. Le but est un monopole d'Etat sur les armes. Bien-être du peuple, opportunisme ou prémisses de l'automne électoral? A la place d'interdictions d'armes et de la suppression de la munition de poche, il faut exiger de la société et de la politique:

- une éducation qui apprend le maniement responsable d'objets et produits dangereux, armes etc.
- l'interdiction des vidéos/films violents, des armes soft air et d'imitation. Aucun enfant ou adolescent n'a besoin de tels «jouets» pour sa formation sociale ou sa distraction.

Une journée d'élections est une journée de règlement de comptes. Le 21 octobre, citoyennes et citoyens pourront choisir la future voie!

Willy Pfund, ancien Conseiller national et président proTELL

Militärische Denkmäler der Kantone Waadt und Genf

Mit der Armeeform 95 sind rund 13'500 militärische Objekte der Kampf- und Infrastruktur ausgemerkelt worden. Ende letzten Jahres sind nun auch die Inventare der zwei letzten Kantone in einer Broschüre vorgestellt worden. Eine letzte Broschüre wird dem Bereich der militärischen Flugplätze gewidmet sein.

Der Kanton Waadt zählte 107 militärische Sperrstellen, Genf deren eine. Sie können aus einem bis mehreren Objekten wie Bunker, Sprengobjekte, Tankbarrikaden, Geländebehindernisse usw. bestehen. In der Waadt wurden 15 dieser 107 Sperren als von nationaler Bedeutung eingestuft, 18 als regional und 23 als lokal bedeutend. Nationale Bedeutung besitzen in der Waadt Lignerolle, Col des Etroits, Le Day, Promenthouse, Dullive, Chillon, Cudrefin-Vallamand und Défilé de Saint Maurice mit Dailly und Savatan. In Genf wurde die einzige Sperrstelle Versoix als regional bedeutsam eingestuft, wo etwa zehn Bunker von

dieser kaum bekannten Periode der Genfer Befestigungsanlagen im Zweiten Weltkrieg zeugen.

Die 13 Broschüren aller Kantone können im Internet eingesehen

und heruntergeladen werden www.gr.admin/internet/armasuisse/de/home/unser/immobilien/historische.html

Jürgen Peter Flückiger



Pour la position de barrage de Lignerolle dans le Jura vaudois, le fortin «Les Rogets» fut camouflé en bâtisse civile. Bei der Sperrstelle Lignerolle, im Waadtländer Jura, wurde das Werk: «Les Rogets» als ziviles Gebäude getarnt.

Le 22 septembre 2007, proTELL organise à Olten un congrès «Quel avenir pour la législation sur les armes?» avec des conférenciers de renom. Des formulaires d'inscription peuvent être commandés par courriel: sekretariat@protell.ch, par tél. au 061 723 28 03 ou par fax au 061 723 28 04.

Die Gewehre ins Zeughaus

Obligatorisches und Feldschieszen auf den «Müllhaufen der Geschichte»?

Willy Loretan

Im Sog der andauernden Strategiediskussion um unsere Armee und der Auseinandersetzungen um den «Entwicklungsschritt 2008/11» kommen immer wieder die Aufbewahrung der persönlichen Dienstwaffe durch den Wehrmann und die Schiesspflicht mit dem Obligatorischen Programm unter politischen Beschuss.

Die Beherrschung der persönlichen Waffe ist für die Glaubwürdigkeit unserer Armee unantastbar. Die Schweizer Armee ist – wie in der Bundesverfassung festgeschrieben – eine Milizarmee. Dass dies so bleibt, werden hoffentlich unsere Parlamentarier gegen alle Aufweichungsbestrebungen durchsetzen, selbst gegen diejenigen im Verteidigungsdepartement (VBS). In der Milizarmee ist die Heimabgabe der persönlichen Waffe an die Dienstpflichtigen aufrechtzuerhalten, weil vor allem die mit dem Sturmgewehr ausgerüsteten Wehrmänner es mindestens ein Mal im Jahr handhaben und damit schiessen müssen.

Persönliche Waffe

Bei Einlagerung der persönlichen Dienstwaffe auf Waffenplätzen und Logistikzentren der Armee könnte von «persönlicher Waffe» nicht mehr die Rede sein. Diese Einlagerung würde das Ende des Obligatorischen, aber auch des Feldschieszens bedeuten. Denn es ist kaum vorstellbar, dass Armeeangehörige, die das Obligatorische absolvieren müssen und am Feldschieszen teilnehmen wollen, vorher die Waffe irgendwo im Land abholen und nach dem Schiessen wieder dorthin zu-

rückbringen. Dies ganz abgesehen vom unverhältnismässigen bürokratischen und finanziellen Aufwand und abgesehen davon, dass sich der Schütze im individuellen Training praktisch nicht mehr auf das Obligatorische und auf das Feldschieszen vorbereiten könnte.

«Die persönliche Waffe ins Zeughaus» als Wundermittel? Vorab linke Kreise und «falsch justierte», so genannt bürgerliche Politikerinnen und Politiker meinen, man könne die Zahl der Gewaltverbrechen und der Suizide durch die Beschneidung der Freiheit und Selbstverantwortung des Wehrmannes, des Schützen und damit des Bürgers senken – mittels Verschärfungen in der Militärgesetzgebung und im Waffenrecht. Diese Illusionisten sind auf dem Holzweg. Gesellschaftspolitische Probleme wie zunehmende Disziplinlosigkeiten, «häusliche Gewalt» und Kapitalverbrechen lassen sich nicht durch übermässige Regulierungen auf sachfremden Gebieten lösen.

Entwaffnung des Bürgersoldaten?

Wenn die persönliche Waffe nach der Dienstleistung (Rekrutenschule, Wiederholungskurs) eingezogen wird, wenn sie dem Wehrmann nach Beendigung seiner Dienstpflicht nicht mehr zu Eigentum überlassen wird, und wenn die Schiessprogramme des Bundes zusammengestrichen werden, so ist nicht nur das Ende des Obligatorischen und des Feldschieszens, sondern auch dasjenige unserer Schiessvereine die unausweichliche Konsequenz. Man muss natürlich nicht wegen den Schützen eine Milizarmee aufrecht-

erhalten; deren Begründung liegt viel tiefer. Man sollte sich indessen in Erinnerung rufen, dass unser Schiesswesen nicht nur vom Sportgedanken lebt, sondern dass es nach wie vor in den Traditionen der Wehrpflicht und der Miliz verwurzelt ist.

Der Bürgersoldat ist ein zentrales Element unserer Wehrhaftigkeit und unserer Bereitschaft, Land und Leute in extremen Krisensituationen auch durch die Armee wirkungsvoll zu schützen. Unsere Milizarmee und unser ausserdienstliches Schiesswesen gehören untrennbar zueinander. Ich erwarte deshalb von den Exponenten des schweizerischen Schiesswesens und der Armee auf allen Stufen klare Bekenntnisse zu diesen Werten. Ich erachte es als sehr gefährlich, wenn einige Funktionäre und Militärs die Zukunft des Obligatorischen öffentlich in Zweifel ziehen und damit am Ast sägen, auf welchem wir Schützen sitzen. Und übrigens: Wie die persönliche Waffe gehört zum Wehrmann auch die Taschenmunition. Diese ihm wegnehmen, ist der erste Schritt zur Entwaffnung des Bürgersoldaten und der Schützen, gleichbedeutend mit einem erniedrigenden Vertrauensentzug. Hier gilt: Wehret den Anfängen und Schluss mit den faulen Kompromissen! Vorab sind – nicht nur im Wahljahr – die Mitglieder des eidgenössischen Parlamentes sowie die Schützenverbände und -vereine gefordert, aber auch alle anderen ausserdienstlichen Milizvereinigungen.

Willy Loretan ist ehemaliges Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerates und Ehrenmitglied des Schweizer Schiesssportverbandes (SSV).

Aktion Aktivdienst

Zur ausserdienstlichen schweizerischen Militär-Miliz

Hans Wächter

Unsere Bundesverfassung legt in Artikel 58 fest, dass die Armee grundsätzlich nach dem Milizprinzip organisiert ist. Der Vorsteher des Verteidigungsdepartementes (VBS) und der Chef der Armee verweisen bei jeder möglichen Gelegenheit auf die Bedeutung der Miliz. Zu Recht?

Woraus besteht denn die militärische Miliz? Es sind dies die Armeeformationen der Aktiven und der Reserve. Diese werden unterstützt durch die militärischen Milizvereinigungen, die sich im Rahmen ihrer ausserdienstlichen, freiwilligen Ausbildung über die neuesten militärischen Entwicklungen à jour halten wollen. Dazu gehören vor allem die Offiziers- und Unteroffiziersgesellschaften, die Schützenvereine sowie weitere Vereinigungen, die sich für eine glaubwürdige Armee einsetzen. Zum Teil begründen und vertreten Letztere mit Fug und Recht von Bundesrat und VBS abweichende Auffassungen über Führung, Organisation und Ausbildung der Armee, wie zum Beispiel die Aktion Aktivdienst. Im Zusammenspiel «Bürger und Soldat» kommt den milizmässig herausgegebenen Militärzeitschriften eine wichtige Informationsaufgabe zu, wie unter anderen die Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift (ASMZ), die Revue Militaire Suisse (RMS), die Rivista Militare della Svizzera Italiana (RMSI) und der Schweizer Soldat.

Verschlimmbesserungen

Die Lage der Miliz änderte erstmals mit dem «Schlachtruf» des damaligen Bundesrates und EMD-Vorstehers Kaspar Villiger zur Armee 95: «400'000 Mann und weniger Diensttage». Schon zu dieser Zeit waren die aufkommenden Schwierigkeiten für die ausserdienstliche Ausbildung zu erkennen. Mit der Armee XXI verstärkten sich die negativen Tendenzen. Das ständige Ändern von militärischer Ausbildung und Organisation der alters- und bestandsmässig

stark herabgesetzten Armee XXI stellt die Milizvereinigungen vor erhebliche Personalprobleme. Diese werden sich mit der Armee 2008/11 noch verschärfen. Die Verbindung «Bürger und Soldat» und die Verankerung der Armee in der Bevölkerung leidet. Ob dies die bewusste Absicht der Armeepianer ist, wäre vertieft abzuklären. Die Stimmberechtigten haben leider mehrheitlich bei der Referendumsabstimmung vom 18. Mai 2003 nicht erfasst, dass sie künftig durch die Artikel 93 und 149 des Militärgesetzes von wesentlichen Entscheidungen über die Armee ausgespart werden. Was sich seither an Verschlimmbesserungen an der damals an der Urne bejahten Armee XXI und noch viel mehr mit der Armee 2008/11 abspielt, ist unverantwortlich.

Die Aktion Aktivdienst beurteilt die fachliche Orientierung der Milizvereinigungen durch das VBS als miserabel. Das VBS lehnte zum Beispiel am 29. September 2006 ab, der Aktion Aktivdienst auf ihre schriftliche Anfrage hin dokumentierte Angaben über Schützenpanzer zu liefern. Anstatt dessen hätte die Antragstellerin in Bern Akten-einsicht nehmen sollen – mit entsprechendem Geld- und Zeitaufwand. Der Departementschef hat dieses hinderliche Vorgehen als durchaus in Ordnung befunden. Die Milizvereinigungen stehen offenbar auch weiterhin nicht auf dem Verteiler des VBS für wichtige Informationen, zum Beispiel Verordnungen über die Armeorganisation oder Änderungen der Weiterausbildung. Darüber ist meistens nur auf Umwegen zu hören. Diese Umstände beeinträchtigen die ausserdienstliche Miliz und zerstören das Zusammenwirken von Bürger und Soldat. Wir fordern das VBS auf, seine Informationsführung gegen aussen milizfreundlich zu verbessern.

Hans Wächter ist Divisionär a D, ehemaliger Kommandant der Zentralschulen und Präsident der Aktion Aktivdienst.

www.armee-aktivdienst.ch

Heimabgabe persönliche Waffe und Taschenmunition: Eine sinnvolle Einheit!

Willy Pfund

Das von Nationalrat Boris Banga (SP, SO) in der Revision des Waffengesetzes beantragte Verbot der Heimabgabe der persönlichen Waffe und deren Überlassung nach der Wehrpflicht konnte im Nationalrat mit 96:80 verhindert werden. Im Ständerat – als Erststrat – wurde der Antrag listigweise gar nicht gestellt.

Taschenmunition wurde bereits ab 1. März 1892 und seit 1940 generell abgegeben. Der Bundesrat hat nun am 30. Mai 2007 radikal kehrt gemacht, denn es sollen nur noch Bereitschaftstruppen ausgerüstet werden. Noch im September 2006 hat der Bundesrat die Heimabgabe der Taschenmunition verteidigt. Er sah darin «eine staatspolitisch bedeutsame Demonstration des Wehrwillens der Bürger/-innen. Die Sicherheit werde nicht erhöht, wenn korrekt handelnden Wehrmännern die Taschenmunition abgenommen werde». Ständerat und die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates sind ihm mit einer

Motion gefolgt. Diese muss noch vom Nationalrat behandelt werden.

Übler Populismus

Die sicherheitspolitische Lage hat sich seither keineswegs verändert, hingegen unsere politische Landschaft. Die Gegner des privaten Waffenbesitzes führen einen radikal populistischen Kampf auf bedenklichem Niveau. Tiefpunkt sind die gestellten Bilder in der Annabelle 14-06, wo ein Vater das Sturmgewehr auf den Kopf seiner Frau und die Tochter eine Pistole auf den Kopf der Mutter richtet. Selbstverständlich ist jeder Schusswaffen-Tote einer zu viel. Die wenigen missbrauchten Patronen werden jedoch mehr gewichtet, als die jährlich vor allem von Schützen und Jägern verantwortungsbewusst verwendeten 75 Millionen Patronen.

Dreiviertel der Suizide und Tötungsdelikte unseres Landes werden nicht mit Schusswaffen begangen. Davon reden die Gegner des privaten Waf-

fenbesitzes jedoch nicht. Die Problematik ist eben schwieriger, als generelle Waffen- und Munitionsverbote zu fordern. Es ist unwürdiger Populismus des Kriminologen Martin Kilias, Tötungen mit Schusswaffen pauschal der Verfügbarkeit von Ordnungswaffen zuzuordnen. Weltweite Erfahrungen zeigen: Wer Suizid oder ein Tötungsdelikt begehen will findet das Mittel. In China, wo privater Waffenbesitz verboten ist, werden jährlich 250'000 Suizide mit Schusswaffen begangen.

Miliz-System

Die Landesverteidigung basiert auf Miliz-System und Wehrpflicht. Die Heimabgabe der persönlichen Ausrüstung an den Armeeangehörigen und Bürger-Soldaten – einschliesslich persönliche Waffe und Taschenmunition – ermöglicht seinen raschen Einsatz. Er hat die Ausrüstung sicher aufzubewahren und zu pflegen. Dies ist für die Armee eine kostenlose Lösung und für den Armeeangehörigen eine Verpflichtung im eigenen Interesse. Der Verzicht auf die Heimabgabe verhindert seinen raschen Einsatz ebenso, wie eine nicht auf sein Auge abgestimmte Waffe. Mit dem «Obligatorischen Programm» werden ausserdienstlich die Schiessfertigkeit der Armeeangehörigen und die Funktionstüchtigkeit seiner Waffe überprüft. Mit deren Kasernierung wäre das Obligatorische illusorisch. Es ist undenkbar, die persönliche Waffe dafür im Zeug-

haus zu holen, und es wäre logistisch und finanziell nicht verkraftbar.

Misstrauen

Unser Schiesswesen hat jahrhundertalte Tradition. Wir haben gelernt, verantwortungsbewusst mit Waffen umzugehen. Die persönliche Dienstwaffe ist für viele auch Sportgerät. Der Verzicht auf Heimabgabe von Waffe und/oder Taschenmunition ist ein Vertrauensentzug gegenüber dem verantwortungsbewussten Bürgersoldaten. Viele würden sich vom Staat abwenden – staatspolitisch ein gravierender Verlust. Viele würden auf das ausserdienstliche Schiessen verzichten – eine Schwächung der Schiessfertigkeit. Die von der SP Schweiz zusammen mit 49 Organisationen lancierte Volksinitiative «Für den Schutz vor Waffengewalt» – die Unterschriftensammlung beginnt im August – zielt auf den privaten Waffenbesitz. Sie strebt ein staatliches Waffenmonopol an. Volkswohl, Opportunismus oder Vorboten des Wahlherbstes?

Gefordert sind, statt Waffenverbot und Entzug der Taschenmunition, die Gesellschaft und die Politik mit:

- Erziehung zu verantwortungsvollem Umgang mit gefährlichen Gegenständen, Präparaten, Waffen und anderem mehr,
- Verbot von Gewalt-Videos und -Filmen, Soft-Air-Guns und Imitationswaffen. Solche «Spielzeuge» brauchen weder Kinder noch Jugendliche zur sozialen Bildung oder Unterhaltung.

Wahltag ist Zahltag. Am 21. Oktober können Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die Richtung angeben!

Willy Pfund ist ehemaliges Mitglied des Nationalrates und Präsident von proTELL.

Am 22. Sept. 2007 organisiert proTELL in Olten eine Tagung «Zukunft Waffenrecht?!» mit namhaften Referenten. Anmeldeunterlagen über E-Mail: sekretariat@protell.ch, Tel. 061 723 28 03, Fax 061 723 28 04.

Hinweise Indications Informazioni

Giornate dell'esercito a Lugano dal 20 al 25 novembre 2007

Dopo Emmen (1991) e Frauenfeld (1998) le Giornate dell'esercito 07 si svolgeranno per la prima volta all'interno di una città.

L'obiettivo consiste nel presentare l'esercito al pubblico quale organizzazione polivalente, dinamica e vicina ai cittadini. Una presentazione con e per i visitatori che avrà luogo sia all'aperto sia all'interno. Il Lido, il padiglione Conza e Cornaredo costituiscono i luoghi principali delle giornate in cui si terranno esibizioni comprendenti dimostrazioni statiche e dinamiche. Le Forze terrestri e aeree, la Base logistica dell'esercito e la Base d'aiuto alla condotta nonché l'Istruzione superiore dei quadri daranno prova delle loro numerose capacità.

Nei dintorni del Lido avranno luogo le presentazioni statiche e dinamiche, passando dai temi della salvaguardia delle condizioni d'esistenza a quelli della sicurezza del territorio.

Il pubblico avrà la possibilità di assistere alle dimostrazioni dei motoscafi militari sul lago e di consumare uno spuntino su uno dei ponti galleggianti.

Al Padiglione Conza, a disposizione dei visitatori, ci sarà un percorso coperto e multimediale sui compiti dell'esercito. Il percorso offre la possibilità di toccare con mano ed ispezionare i mezzi del-

l'esercito impiegati nel campo delle Forze terrestri e aeree, delle trasmissioni, dell'informatica nonché della logistica.

In questo spazio si presenteranno inoltre anche le società militari, ed anche Pro Militia avrà un suo stand.

Allo stadio di Cornaredo si terranno, per la prima volta in zona urbana, le dimostrazioni pratiche delle truppe d'aviazione e di terra. Oltre alle presentazioni dei velivoli F/A 18 e dei carri armati Leopard, i visitatori potranno assistere anche alle dimostrazioni degli esploratori paracadutisti.

Gli «special event» si terranno a Locarno (porte aperte presso l'Air-base) e Isone (dimostrazioni da parte delle formazioni d'esplorazione e di granatieri dell'esercito).

Anche gli aspetti musicali non saranno trascurati. La Swiss Army Brass Band e la Swiss Army Gala Band si esibiranno in vari concerti, presentando musica rock, pop, funk e soul.

In collaborazione con le organizzazioni turistiche locali sono previste delle offerte per singoli cittadini e per famiglie comprendenti il trasporto, i pernottamenti e la possibilità di visitare tutte le attrazioni turistiche di Lugano e del Ticino.

(SSI)

Ecco il programma e la cartina della manifestazione:

- Martedì 20 novembre, pomeriggio: apertura
- Da mercoledì 21 novembre a sabato 24 novembre, dalle 10 alle 22: esposizioni, dimostrazioni e manifestazioni complementari
- Domenica 25 novembre, dalle 10 alle 18: esposizioni, dimostrazioni e manifestazioni complementari
- Sabato e domenica: Air Display con la partecipazione della Patrouille Suisse

Possibilità di tenere al domicilio la propria arma e le munizioni: un'unità indivisibile!

Willy Pfund

Il divieto proposto dal Consigliere nazionale Banga (PS, SO) nella revisione della Legge federale sulle armi di portare al proprio domicilio l'arma una volta terminato il servizio militare è stato respinto dal Consiglio nazionale per voti 96:80, inoltre molto astutamente si è evitato di sottoporre la medesima richiesta al Consiglio degli Stati (camera alta).

La munizione da tasca si consegnava già a partire dal 1.3.1892 e in modo generalizzato a partire dal 1940. Il Consiglio federale il 30.5.2007 ha deciso di cambiare radicalmente la rotta. Le disposizioni sono di consegnare le munizioni solamente alle truppe di pronto intervento. Nel settembre 2006 il Consiglio federale lottava ancora per poter mantenere la consegna di munizione da tasca, vedeva in tutto ciò la dimostrazione della volontà di difesa dei cittadini svizzeri. «La sicurezza non risulta accresciuta se la munizione da tasca è ritirata a militari in grado di agire correttamente.» Il Consiglio degli Stati e la Commissione della politica di sicurezza del Consiglio nazionale hanno seguito il Consiglio federale mediante una mozione, che tuttavia deve ancora essere esaminata dal Consiglio nazionale.

Populismo

Da allora la situazione politica non ha subito alcun cambiamento. Gli oppositori alla detenzione di armi private conducono una guerra radicale e populistica ad un livello decisamente preoccupante. Il fondo è stato toccato con la pubblicazione di alcune immagini su Annabelle 14-06, nelle quali un padre punta il fucile d'assalto alla testa della moglie mentre la figlia le punta una pistola. Senza dubbio ogni vittima morta a causa di un'arma da fuoco è una vittima di troppo. Tuttavia,

alle poche munizioni utilizzate in modo sbagliato viene dato un peso sproporzionato rispetto alle 75 milioni di munizioni all'anno utilizzate in modo responsabile da tiratori, cacciatori, ecc.

Tre quarti dei suicidi e degli omicidi nel nostro paese non vengono eseguiti con armi da fuoco, ma di questo chiaramente gli oppositori alla detenzione di armi non parlano. La problematica è più complessa rispetto ad una richiesta generale di divieto di armi e munizioni. Si tratta di un populismo indegno del criminologo Martin Kilias, affermare che gli omicidi con armi da fuoco siano dovuti alla disponibilità di armi d'ordinanza. A livello internazionale è dimostrato che chi vuole uccidere o suicidarsi trova sempre il mezzo per farlo. La Cina, paese in cui la detenzione di armi è vietata, conta annualmente 250.000 suicidi con armi da fuoco.

Sistema di milizia

La difesa dello Stato si basa su un sistema di milizia e su un servizio militare obbligatorio. La possibilità di portare al domicilio l'equipaggiamento militare da parte del cittadino/soldato, compresa l'arma personale e la munizione da tasca accelera l'intervento in caso di bisogno. Il singolo deve avere cura della sua attrezzatura e custodirla in un luogo sicuro. Per l'esercito si tratta di una soluzione gratuita, per il cittadino/soldato invece di responsabilità nel proprio interesse. Il fatto di non avere a casa il proprio fucile impedisce un pronto intervento proprio così come un'arma non regolata per l'occhio del cittadino/soldato impedisce un buon risultato al tiro. Con il programma obbligatorio viene provata fuori dal servizio l'abilità al tiro del cittadino/soldato e il funzionamento della sua arma. Con l'immagazzinamento delle

armi il programma obbligatorio sarebbe una mera illusione. È impensabile dover andare a ritirare l'arma all'arsenale per svolgere il proprio programma obbligatorio; quale conseguenza verrebbero a crearsi costi finanziari insostenibili.

Sfiducia

L'attività del tiro ha una tradizione secolare; abbiamo imparato ad utilizzare le armi in modo responsabile. L'arma personale per molti è anche un attrezzo sportivo. Il divieto di poter portare a casa l'arma e la munizione da tasca è un segno di sfiducia verso il cittadino/soldato responsabile. Molti volterebbero le spalle allo Stato: a livello politico sarebbe una grave perdita. Molti rinuncerebbero al tiro fuori servizio, e indebolirebbero la loro capacità di tiro. L'iniziativa popolare lanciata dal PS e da altre 49 organizzazioni «contro un uso indiscriminato delle armi» – la raccolta di firme inizia in agosto – punta sul divieto di detenzione privata di armi. Ha come obiettivo un monopolio statale sulle armi. Si tratta di un bene per il popolo, di ottimismo o di un assaggio dell'autunno elettorale?

Invece di un divieto delle armi e di un ritiro della munizione da tasca, la società e la politica devono richiedere:

- un insegnamento sull'utilizzo responsabile di oggetti, preparati e armi pericolosi, ecc.
- il divieto di film e video violenti, armi soft-air e imitazioni di armi. Questi «giocattoli» non sono un insegnamento sociale o un passatempo né per i bambini né per i ragazzi.

Willy Pfund, ex Consigliere nazionale e presidente di proTELL

Sabato 22 settembre, ore 10.00, a Olten nel «Konzertsaal» si terrà un convegno organizzato da proTELL intitolato «Il futuro del diritto sulle armi!» che vedrà quali relatori alcuni noti personaggi.

I formulari d'iscrizione possono essere richiesti via e-mail a: sekretariat@protell.ch, Tel. 061 723 28 03 od Fax 061 723 28 04

Ich trete bei / J'adhère / Mi faccio socio

Anmeldetalon nur für Neumitglieder
Uniquement pour de nouvelles admissions
Da utilizzare solo dai nuovi soci

Name / nom / cognome

Vorname / prénom / nome

Geburtsdatum / date de naissance / data di nascita

Strasse Nr. / rue n° / strada n°

PLZ, Wohnort / NPA, domicile / CAP, domicilio

Datum / date / data

Unterschrift / signature / firma

Jahresbeitrag Fr. 20.- / Cotisation annuelle frs. 20.- / Tassa sociale annua fr. 30.-
Nach Einzahlung meines ersten Jahresbeitrags erhalte ich das Vereinsabzeichen /
L'insigne de l'Association me sera envoyé dès le paiement de ma première cotisation annuelle / Il distintivo dell'Associazione mi sarà spedito dopo il pagamento della mia prima tassa sociale annua.

Bitte einsenden an / renvoyer s.v.p. à:

Pro Militia
Postfach 369 / Case postale 369; 3000 Bern 14
Dal Ticino e dal Grigioni italiano da spedire p. f. a:

Pro Militia, Sezione della Svizzera italiana
Alessandra Isotta, Via dei Sindacatori 5, 6900 Lugano-Massagno
Conto postale 69-1062-5

Impressum

Nummer / Numéro / Numero
3/2007, 10.9.2007

17. Jahrgang / 17^e année /
17a annata

Erscheint vierteljährlich /
Paraît trimestriellement /
Trimestrale

Sonderauflage / Edition
spéciale /
Edizione speciale: 52 000

Redaktionschluss /
Délai de rédaction /
Termine di redazione

Nummer / Numéro /
Numero
4/2007: 19.10.2007

Pro Militia

Herausgeber / Editeur /
Editore

Pro Militia
Vereinigung ehemaliger
Angehöriger der Schweizer
Armee
Association Suisse des
Anciens de l'Armée
Associazione degli ex militi
dell'Esercito Svizzero

Redaktion / Rédaction /
Redazione:

Heinrich L. Wirz,
Ritterstrasse 4,
3047 Bremgarten BE
Telefon / téléphone /
telefono:
031 / 301 79 13,
Telefax: 031 / 302 77 24
heinrich.l.wirz@bluewin.ch

Geschäftsstelle / Secrétariat /
Ufficio

Postfach / Case postale /
Casella postale 369
3000 Bern 14
sekretariat@promilitia.ch
Postkonto 30-31912-9
www.promilitia.ch

Druck und Versand /
Impression et expédition /
Stampa e spedizione:
Stämpfli Publikationen AG,
Postfach, 3001 Bern

